

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis (einschließlich Post) beträgt 3.00 Reichsmark. Einzelhefte sind zu 10 Pfennigen zu haben. Die Halle-Zeitung wird auch als Wochenblatt herausgegeben. Die Halle-Zeitung wird auch als Wochenblatt herausgegeben. Die Halle-Zeitung wird auch als Wochenblatt herausgegeben.

Die Halle-Zeitung, die im gleichen Umfange in der „Halle-Zeitung“ erscheint, ist ebenfalls zu haben. Einzelhefte sind zu 10 Pfennigen zu haben. Die Halle-Zeitung wird auch als Wochenblatt herausgegeben. Die Halle-Zeitung wird auch als Wochenblatt herausgegeben. Die Halle-Zeitung wird auch als Wochenblatt herausgegeben.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Kaiserslauter Warz kehrt am 9. August nach Berlin zurück, um mit dem Reichspräsidenten am 11. August an der Verfassungsfeier teilzunehmen. Aus zuverlässiger Quelle wird gemeldet, daß anlässlich des Verfassungsfestes die Entscheidung fallen wird über den Standort des Reichsgebäude nebst für die Gesandten des Weltkrieges.

Wie der „Lafayetteier“ hört, herrscht in der Reichsregierung über die Frage des Reichsgebäude die Ansicht, die ganze Angelegenheit vorläufig solange zu vertragen, bis eine Einigung der bei der Errichtung des Reichsgebäude in Frage kommenden Gruppen zustandekommt ist.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ hat in Stuttgart eine Verpöndung von Vertretern der Regierungen von Bayern, Württemberg, Hessen und Thüringen stattgefunden, in der beschlossene wurde, Einspruch zu erheben gegen die Entscheidung der Filmprüfstelle, den Potemkinfilm zu zeigen. In Stuttgart selbst ist der Film bereits wieder verboten.

Die gegenwärtig im Ruhrgebiet weilenden amerikanischen Bergarbeiterführer Zellow und Golden werden am 5. August den deutschen Gewerkschaftsführern in Berlin einen Besuch abstatten und dann nach London weiterreisen.

Die Hausagentur meldet, die französischen Mandat im Rheingebiet können technisch nicht mehr abgelehnt werden. Der Außenminister Briand wird morgen dem deutschen Volkstheater die notwendigen Erklärungen machen.

Fachmännlich wird mitgeteilt: Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen stehen zurzeit im allgemeinen recht günstig, wenngleich über Einzelheiten, z. B. über das Gemischtwarengesetz, eine Einigung noch nicht erzielt wurde. Vermutlich wird das Handelsvertragsprotokoll mit französischer Wade August abgeschlossen werden.

Im Gegensatz zu den Berichten deutscher Blätter, meldet das Pariser „Journal“, daß das deutsch-französische Handelsabkommen noch nicht abgeschlossen sei. Die Schwierigkeiten lägen in den deutschen Zollfragen, sie seien aber nicht unüberwindlich.

Der „Courant“ meldet aus London: Am Mittwoch beginnt in 16 Halliger Straßen das Einfließen der Arbeitswilligen. Bisher beträgt die Zahl der Arbeitenden etwa 90 000.

Auf die Frage eines englischen Abgeordneten im Unterhaus, ob die Gasmasten wirksamen Schutz gegen die zu freigelegten Zündern erfindenen neuen Gase böten, erwiderte Baldwin: Es besteht Grund zu glauben, daß die Schutzmaßnahmen ebenfalls wirksame Vorkehrungen aufweisen, wie die Entzündung der Gasleitung.

Nach Blättermeldungen aus Rom werden Protestanten nicht mehr zu päpstlichen Empfängen zugelassen werden, nachdem ein amerikanischer Protestant bei einer Kollektiventzündung vor dem Papst nicht niederkniete.

Aus Moskau wird gemeldet: Zum Vorherrschen der Staatlichen Politischen Verwaltung wurde an Stelle des verstorbenen Oberbürgermeisters sein bisheriger Stellvertreter Wjatschkin ernannt. Wjatschkin, seit 1902 städtischer Vizebürgermeister, ist Rechtsanwält und Arzt und war von 1918 Mitglied der ersten Sowjetduma in Berlin und Generalrat.

Die Londoner „Times“ melden aus Moskau: Der Sowjet des Urals wurde aufgelöst und Neuwahlen angesetzt. Der Sowjet hatte in kurzer Weise nahezu einmündig gegen das wider Sowjet eingeleitete Verfahren protestiert.

In der japanischen Hauptstadt Tokio findet zurzeit die erste „Panasiatische Konferenz“ statt, deren Forderung „Asien den Asiaten“ ist. Vertreter sind vor allem Japaner und Indier, die sich sehr englandfeindlich stellen. China und Sibirien sind nicht vertreten, was der Konferenz jede ernste Bedeutung nimmt.

Der holländische „Konink“ meldet aus London: Die Verhinderung der britischen Reichsfinanzierung beantragt Verles und Desfontaines. „Evening Times“ behaupten, der Grund sei der Verlust mehrerer Dominien, selbständige Außenpolitik zu treiben, während England die Verantwortung ohne Befragung der Dominien übernommen habe.

Briand für Verständigung mit Deutschland.

Dem Sonderberichterstatter der Wiener „Neuen freien Presse“ erklärte Briand in einem Interview:

Die Aenderung der Regierung bedeutet keine Aenderung der auswärtigen Politik. Poincaré hat die Regierung übernommen, um die Finanzfrage zu lösen. Ein außenpolitisches Programm, die Abkehr von der bisherigen Außenpolitik, bedeutet der Name nicht.

Ich kann darauf verweisen, daß ich sogar schon vor der Konferenz von Locarno auf eine Wiedervereinigung des Rheinlandes eingeworben habe. Der Rest der Währungsfragen, der noch zu verwickelt ist, wird verwickelt werden, und das wäre vielleicht auch schon geschehen, wenn die französische Regierungsgesetze nicht die Abwicklung aller anderen Angelegenheiten verzögert hätte. Freilich ist guter Wille von beiden Seiten erforderlich. Ohne eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland wird nach meiner festen Überzeugung kein europäisches Gleichgewicht nicht wieder hergestellt werden können.

Es ist meine Absicht, im Herbst nach Genf zu gehen, um bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund mitzuwirken. Ich werde willkommene Gelegenheiten haben, Unterhaltungen mit den deutschen Staatsmännern zu führen, und zwar sehr ausgedehnte Unterhaltungen. Wenn ich von der Ausgestaltung der Politik von Locarno spreche, so meine ich dabei u. a. auch an eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Annäherung.

zwischen Frankreich und Deutschland, an eine wirtschaftliche Durchdringung. Es gibt eine Anzahl von wirtschaftlichen Angelegenheiten, auf denen eine französisch-deutsche Zusammenarbeit möglich ist. Die wirtschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland wird Schritt eines meiner Ziele bleiben.

Ein Anschlussverbot?

Wie die Pariser Zeitungen „Matin“ und „Temps“ melden, hat sich der Volkstheater in seiner letzten Sitzung auch mit der Anschlussfrage beschäftigt und zwar auf Grund von Berichten der alliierten Volkstheater in Wien. Der Temps behauptet, daß eine alliierte Note gegen die Aufnahme der Anschlussfrage in Volkstheater formalisiert werde.

Belagerungszustand in Barcelona.

Der Pariser „Herath“ meldet aus Barcelona: Ein Wirtshausbesitzer des Asteniers auf Primo de Rivera hat ein Gefährnis abgelegt. Daraufhin erfolgten in Barcelona Massenverhaftungen unter den politischen Gegnern des Generals. 200 Personen sind in das Gefängnis von St. Katerin eingeliefert worden. Ueber Stadt und Provinz Barcelona ist der Belagerungszustand erklärt.

Wie der Pariser „Information“ gemeldet wird, wird infolge des Anschlags auf Primo de Rivera die Grenze von den spanischen Behörden streng überwacht. Auch der Generalrat und Senator von Katalonien, Foras, der sich gegenwärtig in einer Urhaft an der Grenze bei Barcelona aufhält, werde streng beobachtet, weil man glaube, daß er mit separatistischen Kreisen in Verbindung steht. Weiter wird gemeldet, daß die unbesetzte Verbreitung von Nachrichten mit Geldstrafe bis zu 6000 Peseten und mit Gefängnis bestraft wird.

Englische Waffenlieferungen an die Türkei.

In der getriggen Unterhausung erklärte der englische Außenminister Chamberlain auf eine an ihn gerichtete Anfrage über von der Presse gemeldete Verhandlungen betreffend englischer Waffenlieferungen an die Türkei: Unmittelbare Verhandlungen zwischen der Türkei und England hätten nicht stattgefunden, dagegen hätten britische Firmen über die Frage Erkundigungen eingeleitet, die jedoch seines Wissens nicht zu Einigungen geführt hätten. Nichts in den internationalen Verpflichtungen und in den Beziehungen zur Türkei könne England veranlassen, die britischen Firmen an Waffenlieferungen zu hindern. Es gebe auch nichts, was ihn zu der Ansicht veranlassen könne, daß es im öffentlichen

Wir nehmen diese Erklärung Briands zur Kenntnis ohne zu vergessen, daß Briand in ganz Frankreich als ein höchst zweifelhafter Charakter bekannt ist und daß er die „Mühsamkeiten“ von Locarno auch nicht eintreten ließ, als von einer Regierungsführung in Frankreich noch gar keine Rede war. Bei der „wirtschaftlichen Annäherung“ ist auf die bisher noch immer ergebnislosen Handelsvertragsverhandlungen zu verweisen, die während alles andere als der Beweis des von Briand behaupteten guten Willens sind. Ob im übrigen die vor allem auch von den Sozialdemokraten betriebene deutsche Annäherungspolitik, die in härtesten Maße unter dem Imperindustrialien Gesichtspunkt „Eisen und Stahl“ stehen dürfte, für uns überhaupt unbedingt die richtige ist, solange wir nicht die gefährliche Spitze gegen Englands Grundindustrien genommen ist, sei hier nicht erörtert.

Da Poincaré der Vertrauensmann des Comité des Jorges des Verbandes der französischen Schwerindustrie ist, wird er gegen Briands Programm der „wirtschaftlichen Annäherung“ kaum etwas einwenden, es fragt sich nur, ob der Art der Annäherung zugleich den deutschen Gesamtinteressen entspricht und nicht durch politische Vorteile aber gar Zugeständnisse erlaubt werden soll. Im übrigen haben wir gelernt, den schönen Worten der Franzosen zu misstrauen; warten wir ihre Taten ab.

Die „Valeur Nat. It.“ meldet: In gewissen französischen Regierungskreisen soll eine Stimmung gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bestehen. Es verleiht, daß die Besprechung der französischen Staatsmänner mit den belgischen Ministern zu dem Resultat gekommen sei, die Besuche und die diplomatische Abklärung zu forcieren.

Interesse liegt, die Waffenansuhr nach der Türkei gegenwärtig zu verbieten.

— Nichts... könne England veranlassen, britische Firmen an Waffenlieferungen zu hindern: ein demutwürdiger Satz! Darin ist nicht nur die in den Berliner Vertrag mit so viel Pomp eingeführte Grundtat allgemeine Wahrung verlegt, sondern zugleich bestätigt, daß die Türkei nicht mehr Feind und also Freund Englands ist. Der Krieg gegen die Türkei ist vergessen, die Abrüstung der Türkei ist vergessen, es wird mit Waffen versorgt. Warum? Weil die Türkei ein Bundesgenosse Englands — gegen Russland — geworden ist. Interne deutsche Außenpolitik hat genau den entgegengesetzten Weg wie die Türkei eingeschlagen: sie hat sich zuerst alles gefallen lassen, um die Gegner zu „verhören“, dann hat sie gegen Englands Interessen einen Vertrag mit Russland geschlossen. Der Erfolg ist natürlich ebenfalls der entgegengesetzte wie in der Türkei: Feindschaft Englands und Verschärfung der Entwarnung.

Die Lage in Damaskus.

Einer Meldung der Londoner „Times“ aus Jerusalem zufolge scheint sich Damaskus nach den Mitteilungen es dort befindlichen Amerikaners in einer so schlimmen Lage zu befinden, wie sie seit der großen Belagerung im Oktober vorigen Jahres nicht mehr eingetreten ist. Am 13. Juli war die Stadt bereits drei Tage lang vollkommen isoliert. Niemand durfte sie betreten oder verlassen. Der Jagerchef war vollständig eingesperrt. Auch bestand weder eine telephonische, telegraphische oder sonstige Verbindung. Vier französische Abteilungen in Gesamtstärke von 6000 Mann, die in drei letzten Kämpfe an der Ghuta-Oase verwickelt waren, hatten schwere Verluste erlitten. Es wurde gemeldet, daß sich eine Kudenkammer den Aufständischen angeschlossen hätten. Damaskus wimmelte von Gerüchten. Man sei in der Stadt auf alles gefaßt. Die Wohnbevölkerung sei übermäßig, die Christen dagegen von Beirut entflohen. Besonders die Armenier zitterten vor dem Tode, das er erwartete, wenn die Aufständischen Sieger blieben.

Von offizieller französischer Seite werden weiterhin keine Erfolge gemeldet, die Lage sei normal. Amerikanische Missionen geben die Berichte der Franzosen bei Ghuta mit 2000 Toten an.

Wird Poincaré bleiben?

Von unserem Pariser Vertreter.

Eine Lastade, die bei Amtstritt des Kabinetts Poincaré zweifelhaft erschien, muß heute zu gegeben werden: Dieses Kabinet hat sich aufgeben bestraft. Selbst die Opposition der Sozialisten ist gemäßigter geworden, da Poincaré in seinem Finanzprogramm sich gewissen Wännen der Sozialisten genähert hat. Poincaré hat von links und rechts zusammengegriffen, was an Beschäftigten zusammengetragen war und hat auf diese Weise zwar nicht alle Parteien befriedigt, aber doch jeder mit Einfluß der Opposition etwas gegeben. Dadurch wird seine Stellung weitaus fester als je noch vor einer Woche war. So muß Deutschland sich damit abfinden, daß er zunächst einmal recht fest im Sattel sitzt. Man kann nur die Frage erheben, ob dies auch in Zukunft so bleiben wird.

Poincaré profitiert in erster Linie von der allgemeinen Müdigkeit des Parlamentes und des Landes an unruhigen Dispositionen. Diese Müdigkeit geht so weit, daß jetzt sogar die berühmte Ferngängerstraße, um die seit Jahrzehnten die Regierung nicht von links und rechts der Reichspartei abgelehnt wird. Es geht hier wie es oft zu geschehen pflegt. Zuerst wird eine Maßnahme als unerträglich angelehnt, aber nach einer Weile, nachdem immer wieder davon gesprochen worden ist, beginnt man sich an den Gedanken zu gewöhnen, bis dann der Augenblick gekommen ist, wo man die Dinge gehen läßt. Auch mit der Vermögensfrage, die von Gerzot und den Sozialisten lebensfähig gefordert, von Caillaux und der früheren Opposition ebenfalls gefordert worden war. Heute denkt Poincaré daran, sie in irgendeiner, wenn auch sehr gemäßigten Form, einzuführen, und da er nun einmal ein unbestrittenes Ansehen bei allen Rechts- und Mittelparteien hat, so wird er es tun, der vielen Gewinnen in dieser oder jener Hinsicht. Man könnte eine ganze Reihe anderer Beispiele zitieren, so daß der Neutropfen der Jälle, in Verbindung mit Goldbesitzen, wie es die Sozialisten bisher vergeblich vorgehrieben hatten.

Aber wehe Poincaré, wenn trotz allem der Franzosen doch wieder finken sollte und alle Gleichgewichtspunkte über den Boden gerammt worden wären. Dann wäre auch seine Rolle ausgepielt. Ohne Zweifel gibt er sich von dieser Gefahr Rechenschaft und dies auch in der Stunde, warum er mit seinen Vätern nur fädelweise herauskommt. Die Erhöhung der Abgeordnetengebühren hat ihm natürlich eine Reihe weiterer Stimmen zugeführt. Dies ist auch eine der Maßnahmen, die bisher unmöglich erschienen und nun nicht ohne großen Widerstand durchgeführt worden ist. Poincaré ist in dieser Hinsicht Briand weit überlegen. Briand hat die Gabe der Rede, er hat es immer vermocht, in gefährlichen Augenblicken die Menge durch beschwörende Worte, durch eine einjährige Ueberzeugungsumst zu beschwichtigen. Aber unter ihm ist es immer wieder zu solchen gefährlichen Augenblicken gekommen. Poincaré verfährt etwas methodischer, er versucht, von nordwärts, die Klappen zu umschiffen. Es verdrückt er jetzt dem Parlament ständliche die Wännen, die es erschlagen soll, und erreicht damit, daß man sich über das Ganze kein richtiges Bild machen kann. Diskret werden in der Presse einige bedrohliche Pläne angedeutet, das Parlament wird unruhig, es beginnt zu murren, und dann erscheint ein Dementi, das die Gemüter beruhigt. Es war alles nicht so schlimm, man aimed auf Poincaré ist der große Mann.

Diese Methode kann natürlich nur solange glücken, als Poincaré auch wirklich Erfolge hinsichtlich des Frankreichs und der Emigration haben wird. Im Augenblick wird natürlich von ihm der gegenwärtige Stelle und den entsprechenden Parteien der Rückgang der Dollar- und Pfundstärke um eine beträchtliche Anzahl von Punkten übermäßig gefeiert, wobei man es unterläßt, zu betonen, daß die letzten Hörsprüche Anglistische und nicht für die allgemeine Lage ausschlaggebend waren. Zweifelslos besteht ein Unterschied zwischen einem Kurs von 240 Franken für ein Pfund Sterling vor einigen Wochen und gegenwärtig 200 Franken, aber der letztere Kurs bleibt doch nichtsofortemiger ein enormer, an den man sich nur deshalb gewöhnt hat, weil er schon überlitten war. Und der Kurs wird außerdem dadurch gehalten, daß an der Pariser Börse im Augenblick der Umzug in Devisen leicht genug ist und die Geldbesitzer sich abwarten befehlen. Große Nachfrage nach Devisen besteht dabei nicht. Sollte sie wieder einleihen und das noch ein zweitesmal tun, dann schließlich müßten die Pariser Geldbesitzer der Industrie und des Handels gebedt werden, so wird sich zeigen, ob auch dann noch der gegenwärtige Kurs sich behaupten wird.

Unzweifelhaft Poincaré hat eine geändert haben sollte oder sich zurückhalten muß, wird seine Hal-

